



Pressemitteilung

Spöri: Stützungsaktionen können den Euro zerreißen

Dummdreiste Verkaufsvorschläge aus Deutschland schwächen eine mutige griechische Regierung

Berlin / Hamburg, 4. März 2010: Der Präsident des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland (EBD), Dieter Spöri, warnte heute bei einem Vortrag auf dem Wirtschaftsforum Hamburg (WfH) in der Dresdner Bank Hamburg vor den Bestrebungen zu einer EU-Stützungsaktion für Griechenland in der Eurokrise. Derartige Stützungsaktionen könnten den Euro an seiner Südflanke zerreißen und zu einer existenziellen Gefährdung für die künftige Rolle der EU in Weltwirtschaft und Weltpolitik führen. Der einzig richtige Weg sei der jetzt eingeschlagene Kurs zusätzlicher Anstrengungen der griechischen Regierung zur Rückkehr in den Kreditkorridor des Stabilitätspakts. Dieser Kurs alleine könne die Spekulation gegen den Euro beenden. Wahre europäische Solidarität mit dieser mutigen Regierung bedeute aber auch, dass man in der EU die Verantwortlichkeit für die unglaublichen statistischen Manipulationen der wahren Haushaltslage durch die Vorgängerregierungen und die schlampige Kontrolle in Brüssel transparent mache sowie ahnde. Deutsche Solidarität mit dieser mutigen Regierung bedeute aber nicht, dass man so schwachsinnige Vorschläge mache wie den Verkauf werthaltiger griechischer Gebäude und Inseln. Dies wäre die Fortsetzung des gescheiterten neoliberalen Kurses auf einem geradezu dummdreisten Niveau. Spöri zur Zuspitzung der europäischen Währungskrise wörtlich:

„Der Angriff auf die Stabilität des Euro ist eine Herausforderung, die über die künftige Rolle der Europäischen Union in einer sich dynamisch verändernden Gewichtsverschiebung der Weltwirtschaft und der Tektonik der Weltpolitik entscheidet.

Angesichts dieser Herausforderung ist die bisherige Haltung des Gipfels der Regierungschefs (11.02.2010) und des anschließenden Rats der Finanzminister (16.02.2010) in dieser europäischen Schicksalsfrage genauso uneinheitlich diffus wie gefährlich. Diese in sich widersprüchlichen strategischen Signale der europäischen Entscheidungsgremien gegenüber der gegenwärtig noch auf Griechenland konzentrierten Spekulationen von Hedge Fonds und Banken stellen nicht nur die wirtschaftliche Reputation, sondern auch das künftige ökonomische Gewicht der gesamten EU auf den globalisierten Märkten in Frage.

Die EU war mit dem bisher gerade in der Weltwirtschaftskrise bewährten Euro, einem Binnenmarkt mit 500 Millionen Menschen und dem größten Sozialprodukt der Weltwirtschaft trotz aller Koordinationsschwächen in der Außen- und Sicherheitspolitik ein aufsteigender Player der Weltpolitik. Ganz im Gegensatz dazu setzt die widersprüchliche Haltung des Europäischen Gipfels und des Rats der Finanzminister nicht die dringend notwendigen Signale von Konsequenz und Entschlossenheit, die hochspekulative Märkte beruhigen und den Euro nachhaltig festigen könnten.

Es ist ein unauflösbarer Widerspruch, wenn der EU-Gipfel einerseits ehrgeizige Ziele formuliert, mit denen Griechenland auf den haushaltspolitischen Stabilitätspfad zurückkehren soll, und im gleichen Atemzug schon die vage Gegenbotschaft einer Stützungsaktion in den Kommuniqués formuliert wird. Die Glaubwürdigkeit und Durchsetzung solcher Stabilitätsvorgaben und -zusagen wird doch von vornherein unterminiert, wenn für den Ernstfall eines Scheiterns des Stabilitätskurses der griechischen Regierung schon jetzt von einer finanziellen Unterstützung durch die EU – wie auch immer – gefaselt wird. Dieses unglaubwürdige „Eiern“ widerspricht klar Text und Geist des Stabilitätspakts der Europäischen Währungsunion, bei dessen Abschluss sich niemand getraut hätte, auch nur über die Möglichkeit von Transferaktionen oder Garantien im Krisenfall zu sprechen. Rechtlich ist ja auch ein Anspruch auf eine derartige Hilfe ganz bewusst schon nach Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) ausgeschlossen, wonach die Mitgliedstaaten der Union nicht für einander finanziell haften.

/2

Viel wichtiger aber als diese fehlende rechtliche Grundlage für währungspolitische Stützungsaktionen bei Verletzung des Stabilitätspakts sind die einfachen Mechanismen der Märkte und der Politik: Glaubwürdige Stabilität des Euro wird nicht dadurch erreicht, dass stabilitätswidrige Regelverletzungen, d.h., zu hohe Defizite und Inflationsraten einzelner Mitgliedstaaten, ja statistische Manipulationen bis zum Betrug auch noch durch Garantien und Finanzhilfen der anderen Mitgliedstaaten ausgebügelt werden.

Die währungspolitisch glaubwürdigste und daher an den Finanzmärkten wirksamste Reaktion der EU auf Tricks und Betrügereien bei der Erfüllung von Stabilitätskriterien wäre gewesen, zunächst die dafür Verantwortlichen in Politik und Banken klar zu benennen und diese – soweit es dazu überhaupt Möglichkeiten gibt – rechtlich oder zumindest politisch zur Verantwortung zu ziehen: Auf nationaler sowie auf EU-Ebene. Das gilt für die Manipulateure, die in nationalen Regierungen bewusst falsche Angaben bei Meldungen an die EU gemacht haben. Das gilt aber auch für die Helfer im Bankenbereich, die durch windige Termingeschäfte nicht nur Griechenland äußerst kreativ für statistische Manipulationen Beihilfe geleistet haben. Sollte es entsprechende rechtliche Normen zum Ausschluss und Ahndung derartiger Manipulationen z.B. bei SWAP-Geschäften oder bei der Fälschung von Haushaltsdaten nicht geben, sollten der europäische Gipfel oder das Europäische Parlament umgehend dahingehend initiativ werden. Nur durch die Schaffung einer völligen Transparenz im Hinblick auf statistische Tricks und Manipulationen in der Vergangenheit kann die EU die amtierende griechische Regierung bei ihrem extrem unpopulären Sparkurs innenpolitisch unterstützen. Es muss klar werden, auch morgen durch entsprechend klare Aussagen der Bundesregierung beim Besuch des griechischen Ministerpräsidenten, dass die Verantwortlichkeit für die harten Schnitte in vielen Bevölkerungsgruppen nicht bei der amtierenden griechischen Regierung liegt.

Wenn der Stabilitätspakt künftig noch ernstgenommen werden soll und irgendwelche positive Wirkung für die Kapitalmärkte und damit für den Euro haben soll, kann doch im Ernst nicht folgenlos bleiben, wenn in Brüssel augenzwinkernd und mit vornehmer Zurückhaltung, ja falsch verstandener europäischer Solidarität, dem Verdacht von Manipulation bei der Erfüllung des Stabilitätspakts nicht strikt nachgegangen wird. Und es kann mit Blick auf Regelungen des Finanzmarktes nicht folgenlos bleiben, dass Goldman Sachs sowie andere „ehrenwerte“ Finanzmarktakteure nicht nur Griechenland gegen Millionen an Honorar helfen, Staatsschulden statistisch durch SWAP-Geschäfte zu kaschieren. Ein solcher Schlendrian macht doch dann geradezu selbstverstärkend Schule.

Es wäre ein Treppenwitz europäischer Währungspolitik, wenn jetzt auch noch durch Unterstützungsaktionen für den Ernstfall eines Scheiterns der staatlichen Sparpläne Griechenlands die Zinszuschläge der Staatsanleihen der am Kapitalmarkt attackierten Länder im Süden Europas durch die EU garantiert würden. Schon die diffuse Ankündigung dieser Bereitschaft des Europäischen Gipfels zur Hilfe führt dazu, dass die innenpolitische Durchsetzungskraft der Regierung Papandreou von vornherein entscheidend geschwächt wird.

Dass vom Gipfel Hilfe in Aussicht gestellt wurde, erhöht einfach die Gefahr, dass in Form einer self-fulfilling-prophecy das Schlupfloch der Hilfe auch genutzt wird. Das alles ist ein eklatanter Wortbruch gegen die Prinzipien bei der Gründung der Währungsunion: Als der Euro eingeführt wurde, haben die beteiligten Regierungen hoch und heilig versprochen, dass durch den Stabilitätspakt verbindlich von Beginn an die erkennbaren strukturellen Schwächen der gemeinsamen Währung durch einen Stabilitätspakt unter Kontrolle gehalten werden: Viele Experten hatten ja zu Recht auf das ökonomische Einmaleins hingewiesen, dass der Euro nur funktionieren könne, wenn er auf einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten aufgebaut wird und Inflationsraten sowie Konkurrenzfähigkeit der Mitgliedsländer nicht im Trend immer stärker auseinanderdriften. Genau das ist jetzt aber eingetreten und der Stabilitätspakt damit unterlaufen worden.

Der Euro kann auf Dauer nur stabil sein, wenn die Stabilitätsregeln durch alle Teilnehmer ernstgenommen werden, d.h., wenn insbesondere krasses bis betrügerisches Fehlverhalten nicht auch noch durch Beihilfen und Garantien der Partner belohnt werden. Irland als Beispiel hat hier durch einen klaren Kurs überzeugt und die Märkte beruhigt. Für Griechenland gibt es im Falle eines weiteren Verbleibs in der Eurozone keine andere Option als dieser klare Kurs Irlands. So ist auch die Haltung von Bundeskanzlerin Merkel zu verstehen, die morgen den griechischen Ministerpräsidenten empfängt. Dummdreiste Vorschläge aus dem Deutschen Bundestag zum Verkauf werthaltiger Gebäude und Inseln erschweren der mutigen griechischen Regierung ihre schwierige Aufgabe und machen Deutschland in Griechenland fahrlässig zum Buhmann der Debatte. Die gestern verkündeten neuesten Anstrengungen zu noch konsequenteren Einsparungen machen zumindest Hoffnung und wirken den permissiven Tönen der Euro-Gipfel in den letzten Wochen ökonomisch kompetent entgegen.

/3

Die aktuelle Entwicklung in der Eurozone zeigt aber auch, dass die Einhaltung der Stabilitätsregeln ökonomisch nur möglich ist, wenn wir in der EU nicht nur Defizitkorridore für die Mitgliedsländer vorgeben, sondern auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der einzelnen Länder im Rahmen einer gemeinsamen „Europäischen Wirtschaftsregierung“ harmonisieren. Nur dadurch kann sich die Schere standortpolitischer Konkurrenzfähigkeit und der Inflationsraten zwischen den Mitgliedstaaten nicht ständig weiter öffnen. Die früher bequeme Lösung – diese Schere über Wechselkursanpassungen, d.h., Abwertungen wieder zu schließen – ist heute, solange man an dem Mitgliedsstatus in der Eurozone festhält, keine Option mehr.

Wir brauchen in der EU zur nachhaltigen Stabilität des Euro auch eine fundamentale Kurskorrektur in der politischen Kultur der Entscheidungsprozesse. Die EU ist durch das Fallbeispiel der Eurokrise gezwungen, ihre bisher permissive politische Haltung bei ständigen Regelverletzungen zu korrigieren. Allzu lang hat man sich daran gewöhnt, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die sich nicht an die Regeln hielten und Vereinbarungen und frühere Zusagen bei Verhandlungen brachen, auch noch mit immer neuen Zugeständnissen besänftigt wurden. Diese traditionell verlusterten Entscheidungsmechanismen kann man jetzt nicht ohne währungspolitische negative Kettenreaktion auf die Eurokrise übertragen. Hier hilft nur eine konsequente Einhaltung der Stabilitätsregeln.

Nur so kann dem währungspolitischen Dammbbruch aufgrund einer Spekulationswelle, die über Griechenland auf Italien und Spanien schwappt, wirksam begegnet werden. Ein derartiger Dammbbruch hätte nicht nur unabsehbare Folgen für den Wert des Euro und die Stabilität unseres Bankensystems: Die Finanzaufsicht BaFin geht in einem internen Vermerk davon aus, dass allein deutsche Banken bei den gefährdeten Mitgliedern der Währungsunion Wertpapiere im Umfang von 522 Mrd. Euro gekauft haben. Die Folge kontraproduktiver Stützungsaktionen und Spekulationswellen wäre auch, dass ein weiterer Verbleib dieser Länder im Eurosystem ökonomisch nicht mehr haltbar wäre und daher der Euro an seiner Südflanke zerreißen würde. Genau dann hätte der Euro und damit die ganze EU als „Transferunion“ keine tragfähige Zukunft. Dies scheint inzwischen die griechische Regierung besser zu wissen, als manche vorschnellen Befürworter von Stützungsaktionen in der EU.“

Pressekontakt:

Christoph Linden, christoph.linden@europaeische-bewegung.de
+49-30-303620-110